



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 17. Januar 2024

2732. 2023/59

Weisung vom 08.02.2023:

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht «Photovoltaik-Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/212, der SP-, Grünen-, GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen wird als erledigt abgeschlossen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung bereinigte Dispositivziffer 1:

Johann Widmer (SVP): *Mit der Motion soll der Stadtrat die nötigen Anpassungen der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung (BZO) vorlegen, um den Zubau an Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) bis ins Jahr 2030 massiv zu erhöhen. Der Stadtrat teilt die Ansicht, dass das Potenzial der Photovoltaik (PV) zur Erreichung der städtischen Energie- und Klimaziele umgesetzt werden kann. Im Rahmen der PV-Strategie wurde ein Zubau-Ziel für das Jahr 2030 formuliert, das eine Produktion von 120 Gigawattstunden pro Jahr vorsieht. In der Stadt verbrauchen wir rund 3000 Gigawattstunden. Zehn Prozent entsprechen also 300 Gigawattstunden. Damit das erreicht werden kann, wurde eine zweite Studie in Auftrag gegeben. Sie zeigt auf, dass das theoretisch möglich, in der praktischen Umsetzung jedoch äusserst anspruchsvoll wäre. Jede Studie geht von Annahmen aus und abhängig davon können die Resultate variieren. Die Kommission zweifelte einige dieser Annahmen an und führte zwei Hearings mit Schweizer Fachleuten durch. Ich gehe auf die wichtigsten Kritikpunkte ein, die die Kommission eingehend behandelte. Erstens wird die vom Stadtrat kommunizierte Beschleunigung des Ausbaus der PV von einigen in der Kommission angezweifelt. Man war sich nicht sicher, ob das Vorhaben nicht weiter beschleunigt werden kann und mehr Solarflächen bis ins*



Jahr 2030 mit PV-Modulen belegt werden können. Zweitens wurde in der Studie die Abhängigkeit von Dachsanierungszyklen erwähnt. Wenn ein Dach saniert werden muss, wird es danach 30 bis 50 Jahre lang halten. Dann ist es kein Problem, gleichzeitig eine PV-Anlage vorzusehen. Wenn es nur noch fünfzehn Jahre sind, dann ist es nicht mehr so rentabel. Auch dieser Punkt wurde angezweifelt. Beim Thema PV-Fassaden wurde richtig erkannt, dass das einen ökologischen Wert hat und dass eine Umsetzung gut möglich ist. Die Stadt hat zehn Pilotprojekte vorgeschlagen. Die Kommission wollte wissen, wieso es nur so wenige sind und ob nicht mehr getan werden kann. Damals war es ein Problem mit der Gebäudeversicherung: Aus Brandschutzgründen wurden die PV-Anlagen an Fassaden nicht gerne gesehen. In der Zwischenzeit wurden Lösungen gefunden. Der vierte Punkt ist die Dachbegrünungspflicht für Flachdächer. Die Potenzialstudie hat wegen der Dachbegrünung 30 Prozent abgezogen, weil die Kombination von Dachbegrünung und Stromproduktion nicht kompatibel ist. Der fünfte untersuchte Punkt ist, dass Aufbauten und die Nutzungskonkurrenz ebenfalls eine Rolle spielen. Die Studie zog dafür 40 Prozent ab. Aufbauten auf Dächern wie Schornsteine, Lüftungsschächte oder Liftschächte verhindern, dass Anlagen ausgelegt werden können. Die Beantwortung aller Fragen erhellte die Sachlage und brachte in ganz wenigen Punkten Abweichungen zur städtischen Studie hervor. Die Mehrheit der Kommission hat schliesslich doch wohlwollend ablehnende Kenntnisnahme beschlossen. Die Minderheit vertritt eine Kenntnisnahme. Die Abschreibung der Weisung wurde einstimmig empfohlen.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung bereinigte Dispositivziffer 1 und Kommissionsreferat Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Dominik Waser (Grüne): *Für uns war das Geschäft, beziehungsweise der Verlauf der Beratung des Geschäfts sehr enttäuschend. Wir sind auch vom Vorsteher enttäuscht, weil nicht mehr herausgeholt wurde. Die vorgelegte PV-Strategie ist aus unserer Sicht nicht ambitioniert und entspricht nicht dem, was die Ratsmehrheit mehrfach einforderte. Der Parlamentswille wird aus unserer Sicht bei einem solch wichtigen Thema wie der Energiewende ignoriert. Zwei Jahre wurden aus unserer Sicht teilweise vergeudet, Kommissionsmitglieder wurden vertröstet, ihnen wurde kein Handlungsspielraum gegeben, ernsthafte Debatten konnten teilweise nicht stattfinden und in dieser Zeit wurde so getan, als befände man sich auf einem guten Weg. Für uns grenzt das an Arbeitsverweigerung. Keine Gelegenheit wurde verpasst, um zu sagen, wie gut die Stadt unterwegs sei. Wir seien die besten im Öffentlichen Verkehr (ÖV), wir hätten die beste Stromversorgung, die ambitionierteste Wärmestrategie und so weiter. Auch wenn wir in vielen Dingen gut sind, wird dieser Umstand oft missbraucht, um zu sagen, dass wir nicht mehr tun müssen. Man solle bei den anderen schauen, die nicht mehr täten, weshalb wir nicht übertreiben sollten. Dabei wissen wir, dass es nicht reicht. Die neusten Zahlen zeigen, dass wir uns nicht auf Kurs befinden, dass wir nicht schnell genug sind. Das gilt für Zürich, aber auch für die ganze Schweiz und global. Zweitens ist die Verantwortung der Stadt Zürich sehr viel grösser als die von anderen Städten, Orten, Ländern und Akteuren. Denn wir müssen ein viel höheres Tempo bei der Energiewende vorlegen. Somit ist auch unser Anspruch an unsere Verantwortungstragenden höher. Das Argument,*



dass wir bei den anderen schauen und zufrieden sein sollen, weil wir viel tun, verkennt die Realität doppelt. Erstens haben wir als reiche Stadt historisch bereits viel zu viele Emissionen ausgestossen, weshalb es fair ist, wenn wir viel schneller vorwärtskommen. Zweitens führt das Argument, dass die anderen auch nicht viel mehr und wir bereits genügend tun, auf einen Irrweg. Es wird oft von denen benutzt, die die Notwendigkeit von Klimaschutz in Frage stellen oder ihn verhindern wollen. Rufen wir uns die Geschichte der Vorlage ins Gedächtnis. Im Zug der Klimaproteste wurde die ursprüngliche Motion eingereicht. Sie fordert, dass bis zum Jahr 2030 mindestens zehn Prozent des städtischen Strombedarfs mit Solarstrom aus Anlagen auf Stadtgebiet gedeckt wird. Das entspricht rund 300 Gigawattstunden. Ende 2021 wurde die aus unserer Sicht ungenügende PV-Strategie vorgelegt, die nur 120 Gigawattstunden statt der geforderten 300 Gigawattstunden vorsah. Anfang 2022 lehnte der Gemeinderat sie ab und gewährte eine Nachfrist mit der expliziten Forderung, dass das verbessert und das Ziel erhöht werden muss. Anfang 2023 wurde der Bericht vorgelegt. Er enthält genau das Gleiche, das wir ein Jahr vorher hatten: das Ziel von 120 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030. Die Weisung diskutierten wir in der Kommission mit grossem Aufwand. Leider waren die Bereitschaft der Verwaltung und des Vorstehers STR Michael Baumer, unsere Forderung umzusetzen, sehr klein. Jetzt stehen wir nach vier Jahren hier mit einer ungenügenden und wenig ambitionierten Vorlage. Wir sind frustriert und enttäuscht. Es scheint, dass man an diesem Vorschlag festhalten will, koste es, was es wolle. Dabei wird ignoriert, dass das Parlament mehrmals etwas anderes gefordert hat, dass gemäss Expertinnen mehr möglich ist, dass der PV-Markt sich global und in der Schweiz exponentiell entwickelt, dass sich Argumente wie Lieferengpässe oder Verfügbarkeiten in der Zwischenzeit in Luft aufgelöst haben und dass der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren in den Griff bekommen werden kann. Es wird ignoriert, dass in absehbarer Zeit nationale Gesetzesänderungen kommen, die einen schnelleren Solarzubau ermöglichen werden. Es gab bereits viele kantonale Verbesserungen, mit denen Hürden abgebaut wurden, damit es schneller gehen kann. Es wird ignoriert, dass die Stadt mit einem ambitionierteren Ziel Vorreiterin sein kann, was einen positiven Einfluss auf die Stadtbevölkerung, auf die nachhaltige Entwicklung der Stadt und auf die Energie und Versorgungssicherheit haben könnte. Es wird ignoriert, dass alle gewinnen könnten und dass wir nichts zu verlieren hätten, wenn wir an unserem ambitionierteren Ziel von 300 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 festhalten würden. Das geschieht leider nicht, was aus unserer Sicht nicht geht. Darum fordern wir STR Michael Baumer und alle anderen Beteiligten auf: Machen Sie das, was das Parlament fordert; machen Sie das, was gut für die Stadt ist; machen Sie das, was gut für die Bevölkerung ist und machen Sie das mit einer guten Portion Mut. Wir sehen uns gezwungen, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Da wir sonst keine Handlungsmacht haben, werden wir in den nächsten Wochen verschiedene Vorstösse einreichen, auch wenn wir bereits viel Zeit verloren haben. Wir sind der Meinung, die Stadt hat ein ambitionierteres Solar-Zubau-Ziel verdient.

Weitere Wortmeldungen:



Beat Oberholzer (GLP): *Wir sind in der Mehrheit, die den Bericht ablehnend zur Kenntnis nimmt. Wir sehen zwar, dass die Bemühungen des Stadtrats da sind, finden aber, dass deutlich mehr möglich ist. Wir sehen, dass es in Zürich mit dem Solarausbau ein wenig vorwärtsgeht. Ein Zeichen dafür ist, dass das Elektrizitätswerk (ewz) mit dem Novemberbrief den Wert des Zubaus in der Stadt auf 5000 Kilowatt-Peak erhöht hat, nachdem dort während Jahren deutlich tiefere Werte ausgewiesen wurden. Immobilieneigentümer müssen sich fragen, warum sie noch immer keine PV-Anlagen haben und ob sie das nicht jetzt vorziehen wollen, anstelle auf den letztmöglichen Zeitpunkt einer Dachsanierung zu warten. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) und das ewz sind – auf Druck des Gemeinderats – einige Schritte in die richtige Richtung gegangen. Dazu gehören der Herkunftsnachweis, der jetzt vergütet wird, und ein niederschwelliges Förderprogramm. Das Signal ist klar: Die PV-Anlagen müssen jetzt auf die Dächer. Wir anerkennen, dass etwas getan wurde und der Vorsteher des DIB wird diesen Werbesport später sicher weiterführen. Wir haben jedoch deutlich mehr gefordert. Das gesamte Potenzial liegt bei 500 Gigawattstunden pro Jahr. Dabei wurden bereits sehr viele Abzüge für Denkmalschutz, ungenügende Statik, Aufbauten, Dachbegrünung und Beschattung gemacht. Die geforderten 300 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 sind zugegebenermassen zu ambitioniert, wie eine Studie nochmals zeigte. Wir befinden uns jedoch gut auf dem 120-Gigawattstunden-Entwicklungspfad. Darum halten wir es für mutlos, dass in der Weisung weiterhin, wie bereits vor zwei Jahren, an den 120 Gigawattstunden festgehalten wird. Vieles kann die Stadt nicht direkt beeinflussen; die wichtigen Gesetze werden von Kanton und Bund geschrieben, wie eine PV-Pflicht auf Bestandesbauten oder die lokalen Elektrizitätsgemeinschaften, die im Mantelerlass beschlossen wurden, sodass die lokalen Gemeinschaften das ewz-Netz benutzen können, um sich gemeinsam zu versorgen. Von Bund und Kanton kommen sehr viele positive Signale von einer breiten Mehrheit der Parteien. Darum ist es für uns unverständlich, dass an den 120 Gigawattstunden festgehalten wird. Einige Dinge können beeinflusst werden. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wird empfohlen, dass man nur so viele PV-Anlagen baut, wie man selbst benötigt, auch wenn die Dachfläche mehr zulassen würde. Viele investieren in viel zu grosse Batterien, damit sie keinen Strom ins ewz-Netz zurückspeisen müssen. Es wäre angebracht, die heutigen Einspeisebeiträge zu überdenken oder zumindest einen Mindestbetrag zu garantieren für den Fall, dass die Marktpreise wieder stark fallen. Das würde eine Planungsgarantie bedeuten und es wäre mit den bestehenden Gesetzen möglich, auch wenn man bisher an den Gestehungskosten von ähnlichen Energieträgern festgehalten hat. Bei stadt-eigenen Gebäuden wird ab und zu auf PV-Anlagen verzichtet, weil sie der strengen Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht standhalten. Die Stadt will hier immerhin auf zehn Prozent entgegenkommen; wenn die berechneten Kosten zehn Prozent höher sind als bei vergleichbaren Anlagen. Seriöse Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind wichtig, aber es sind nur Prognosen. Die Stadt könnte mehr Mut beweisen und die zehn Prozent deutlich überschreiten, ohne dass das ökonomische Risiko zu gross wäre. Bei Pionierprojekten wie den PV-Fassadenanlagen scheint es aus verschiedenen Gründen ebenfalls nicht im Eilzugstempo vorwärtszugehen. Aus diesen Überlegungen haben wir Grünliberalen beschlossen, den zweiten PV-Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. In der Kommission tauchte zwar einmal die kleine Vision auf, dass*



Zürich doch noch zur Solarstadt werden kann. Jemand sagte, dass es nur noch spiegelt vor lauter PV-Anlagen, wenn man vom Uetliberg aus auf die Stadt schaut. Ich bin mir nicht sicher, ob es als Drohung gemeint war, dass sich das Stadtbild so stark verändert. Ich finde aber, dass genau das das Leitbild sein sollte: Wenn man im Jahr 2030 vom Uetliberg auf die Stadt schaut, dann sollte es vor lauter PV-Anlagen blenden. Heute braucht es einen Feldstecher, um PV-Anlagen zu finden. Wir werden die Situation beobachten. Wenn wir uns nur auf dem 120-Gigawattstunden-Entwicklungspfad bewegen, werden wir weitere Vorstösse einreichen, damit Zürich doch noch zur Solarstadt wird.

Patrick Tscherrig (SP): *Zürich war einst Pionierstadt beim Ausbau der Solarenergie. Diese Position büsste sie längst ein. Darum wurde diese Motion für die deutliche Steigerung des Solarstroms eingereicht. Leider wurde uns keine Vorlage präsentiert, die das umsetzen will. Stattdessen legt uns der Stadtrat einen weiteren Bericht vor, der aufzeigt, wieso bis ins Jahr 2030 nicht mehr als 120 Gigawattstunden zugebaut werden können. Der Bericht ist nicht das Problem; er ist sauber erstellt und die gesamte Diskussion war sehr erhellend. Das Problem ist – und dort liegt unsere Enttäuschung –, dass daraus keine konkreten Massnahmen abgeleitet werden, um ein ambitionierteres Zubau-Ziel zu verfolgen. Wo die Reise hingehen hätte können, steht im Begründungstext der Motion. Das ewz soll Anreize für den Ausbau durch Private schaffen, attraktivere Angebote ausarbeiten, den Rücknahmetarif erhöhen, Hürden und Zielkonflikte sollen beseitigt und PV-Fassadenanlagen gefördert werden. Das ewz war in den letzten Jahren nicht untätig in diesen Bereichen. Die Bestrebungen für hochalpine Solaranlagen begrüssen wir sehr. Auch wurde der Rücknahmetarif auf Anfang 2023 und wiederum dieses Jahr erhöht. Insgesamt aber geht es zu langsam voran und es geschieht zu wenig. Oft wurden der Fachkräftemangel oder die Verfügbarkeit von PV-Anlagen ins Feld geführt. Das mag vorübergehend stimmen. Aber das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Zürich eine klare Ansage machen könnte, dass wir zur Solarstadt werden und massiv ausbauen wollen. Das wäre ein Zeichen an Investoren und Installationsfirmen, um in der Stadt tätig zu werden. Das fehlt. Dem Bericht kann zugutegehalten werden, dass er darauf hinweist, wo der Schuh drückt und wo Potenzial besteht: Der Denkmalschutz ist eine gewisse Hürde; ein zu tiefer und vor allem ein unsicherer Rücknahmetarif hemmt Investitionen; die Abhängigkeit von Dachsanierungszyklen sowie der Fachkräftemangel sind Hemmnisse für einen schnelleren Ausbau. Interessant am Bericht ist, dass er zwei Erschliessungsszenarien aufzeigt. Aus einem leitet er sein Ziel der 120 Gigawattstunden ab. Dieses sieht einen langsameren jährlichen Zubau bei bestehenden Gebäuden von einem Prozent vor. Auch bei Neubauten trifft es konservativere Annahmen. Das zweite Szenario geht von drei Prozent bei bestehenden Bauten aus und davon, dass bei Neubauten viel mehr PV-Anlagen eingesetzt werden. Interessant am Bericht ist, wie er das Szenario beurteilt. Es sei sehr ambitioniert, aber: «Noch mehr als beim Erschliessungsszenario I würde die Photovoltaik regelrecht zu einem Bestandteil der Baukultur. Limitierend sein könnten vor allem beim ambitionierten Erschliessungsszenario II die effektive Verfügbarkeit der eigentlich geeigneten Flächen und die Bereitschaft der entsprechenden GebäudeeigentümerInnen, in dieser Periode bis 2030 (auch) in eine PV-Anlage zu investieren, insbesondere wenn die ökonomischen oder strukturellen Bedingungen [...] hemmend wirken.»*



Aus den hier formulierten Bedenken kann man einen Auftrag verstehen. Ja, die PV soll zu einem Bestandteil der Baukultur werden. Die geeigneten Flächen müssen gefunden und die ökonomischen und strukturellen Bedingungen so gestaltet werden, dass sich Investitionen in PV-Anlagen lohnen. Um all das zu erreichen, werden wir in den nächsten Monaten mit Vorstössen aktiv werden. Den Bericht nehmen wir ablehnend zur Kenntnis. Das richtet sich nicht gegen den Bericht selbst, sondern gegen die Zielsetzung. Der Abschreibung der Motion stimmen wir zu, weil eine weitere Runde nicht weiterhilft.

Andreas Kirstein (AL): *Wir sind uns einig, dass die ablehnende Kenntnisnahme eines Berichts des Stadtrats nicht zu den schärfsten Instrumenten gehört, die uns zur Verfügung stehen. Ich bin daher gespannt auf die weiteren Vorstösse, denn diese werden vermutlich Massnahmen beinhalten, die uns einem ambitionierteren Ziel näherbringen. Die AL wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Ihn nicht zur Kenntnis zu nehmen, wäre schwierig, denn wir diskutierten ihn in der Kommission sehr lange. An den Hearings habe zumindest ich sehr viel gelernt. In der Kommission hatte ich den Eindruck, dass die Mehrheit der sehr breit ausgewählten Experten den Bericht des Stadtrats bestätigt hat. Das mir das nicht gefällt, ist eine andere Geschichte. Ich stimme allem zu hundert Prozent zu, was Dominik Waser (Grüne) vorgetragen hat. Die Frage ist nun, welche Ziele wir setzen sollen. Wenn ich der oberste Chef dieser Mitarbeiterinnen wäre, würde ich mich vor der Stimmung wahren, dass die Verwaltung nicht ambitioniert sei. Wenn ich mich richtig erinnere, waren es vor allem vier Frauen, die den Bericht und die Zubau-Strategie in der Kommission sehr engagiert vertreten haben. Ich hatte überhaupt nicht den Eindruck, dass sie moralisch aufgerüstet werden müssten, damit es vorwärtsgeht. Es gab eine technische Diskussion darüber, wie weitere zu erwartende gesetzgeberische Massnahmen von Kanton und Bund in die Zielbestimmung einfließen sollten. Man kann verschiedener Meinung sein. Man kann verlangen, dass das Ziel dies bereits beinhalten sollte und falls es schliesslich nicht kommen würde, wäre es vielleicht ein nicht erreichbares, ambitioniertes Ziel. Ich finde es viel wichtiger, dass wir uns über die Massnahmen unterhalten, die zu diesem Ziel führen werden. Das war auch die Idee innerhalb der Kommission. Einiges wurde heute erwähnt, aber vom bahnbrechenden Gamechanger, der Zürich zur Solarstadt macht, hörte ich weder in der Kommission, noch in der Diskussion von den Expertinnen oder Experten. Daher bin ich gespannt auf die Vorstösse und werde bereit sein, den einen oder anderen mit zu unterzeichnen.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Andreas Kirstein (AL) formulierte es treffend: Die Expertinnen oder Experten haben sehr transparent und vielfältig referiert, was alles getan werden kann. Sie zeigten jedoch keine fundamentalen Widersprüche zu dem vom Stadtrat Berichteten auf. Wir können also auch unter Einbezug der Meinung der Expertinnen und Experten hinter diesem Bericht stehen. Ich halte einen Teil der Diskussion für theoretisch, wenn versucht wird, mit der Brechstange Dinge auszudrücken. Diese Energie könnte man konstruktiver mit sinnvollen Vorstössen einsetzen. Ob sie schliesslich sinnvoll sind, können wir miteinander anschauen. In Zürich scheint die Sonne nicht sehr oft und die Solarzellen produzieren entsprechend nicht sehr viel Strom. So wäre es in der*



aktuellen Situation sinnvoller, entsprechende Anteile des ewz zu kaufen. Im Bündnerland scheint die Sonne momentan viel. Das würde mehr bringen, als wenn man in Zürich massiv in PV-Anlagen investiert, auch wenn wir grundsätzlich dahinterstehen und es für sinnvoll halten. Es braucht aber ein Augenmass, das ich hier manchmal vermisse.

Johann Widmer (SVP): *Meine Wahrnehmung ist, dass die damit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ewz sehr engagiert sind und das Vorhaben mit grossem Druck vorantreiben. Während der Kommissionsarbeit hörten wir verschiedentlich, womit man es zu tun hat. Man kann nicht auf jeder Liegenschaft etwas erstellen. So einfach ist es nicht. Es gibt viele Hindernisse, die erst abgebaut werden müssen. Das behindert die Zuwachsrate. Die Hearings haben kaum grosse Abweichungen zur Studie aufgezeigt. Ich halte es beinahe für einen Affront gegenüber unseren sehr guten Mitarbeitenden, wenn man mehr oder weniger offen in der Kommission ein Misstrauen ausspricht. Ich will eine Lanze für die Mitarbeiter des ewz brechen, die das Möglichste in der gesetzlichen und heutigen Lage überhaupt tun, um solche Projekte umzusetzen. Es liegt in der DNA der grünen Träumer, dass sie glauben, mit Gigawattstunden pro Jahr in der Stadt Zürich die Welt retten zu können. Ich bin sehr dafür, dass die Welt gerettet wird. Man sollte sich aber vergegenwärtigen, dass wir 160 Millionen Gigawattstunden auf dieser Welt verbrauchen. Mehrheitlich sind es China, die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa. Aber mit Grössenordnungen habt ihr es nie wirklich gehabt. Vom Weltretten kann hier nicht die Rede sein. Ihr wollt zehn Prozent der 3000 Gigawattstunden mit Solarenergie abdecken. Das finde ich eine gute Sache. Ob das bis ins Jahr 2030 möglich ist, ist eine Milchmädchenrechnung. In den letzten zehn Jahren konnten wir 40 Gigawattstunden bauen. In der letzten Periode lag die Zuwachsrate bei 11,8 Gigawattstunden pro Jahr. Als Ingenieur kann man sagen, dass vielleicht 40 Gigawattstunden pro Jahr möglich sind. Wenn man mit dieser optimistischen Annahme rechnet, dann sind bis zum Jahr 2030 ungefähr 200 Gigawattstunden pro Jahr möglich. Ihr postuliert unmögliche Ziele, das zeigt keine Kompetenz. Wenn wir uns entsprechend den Rahmenbedingungen auf eine Zubau-Geschwindigkeit von 20 Gigawattstunden pro Jahr festlegen, dann müsstet ihr beispielsweise die Begrünung der Flachdächer absagen. Wenn das rückgängig gemacht wird, können auf den Flachdächern viel einfacher PV-Anlagen installiert werden. Da ihr aber begrünte Dächer wolltet, ist das nicht möglich. Das ist ein typisches Politikversagen von Links-Grün. Ich habe viele Beispiele, dass es mit Baubewilligungen für Solarenergie-Dächer für Private nicht einfach ist. Dann gibt es noch ein sehr interessantes Naturgesetz. Die Zubau-Geschwindigkeit nimmt mit der Zeit ab. Die Flächen, die sich besonders eignen, werden zuerst verbaut. Danach wird es schwieriger. Die Forderung ist also unrealistisch und kostet den Steuerzahler viel Geld, denn die Stadt wird garantiert sehr viele Anstrengungen unternehmen, um mit Steuergeldern unrentable Solaranlagen zu bauen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.*

Dominik Waser (Grüne): *Die Studie oder den Bericht an sich bezeichnen wir nicht als schlecht. Die Studie sagt aber nicht, ob wir das erste, zweite oder dritte Szenario wählen sollen. Es wurde das erste Szenario gewählt, das am wenigsten ambitioniert ist. Es gibt*



Hinweise, dass auch andere gewählt werden könnten. Verschiedene Rahmenbedingungen wie die Gesetzgebung verändern sich massiv, das gilt bereits für die Zeit zwischen der Studie und heute. Das wurde von meinen Vorrednern ausgeblendet. Auf kantonaler Ebene ist das beispielsweise das Meldeverfahren oder der Mantelerlass. Aus meiner Sicht ist es typisch, dass sehr viele Leute in der Klimapolitik nur für Ziele sind, die sicher erreicht werden können. Das reicht nicht. Wenn wir uns nur Ziele setzen sollen, die alle für realistisch halten, dann können wir die Ziele, die wir erreichen müssen, nicht erreichen. Die Klimakrise ist kein Spass, auch wenn die SVP sie immer wieder als Wahn darstellt. Das diskreditiert sie jedes Mal aufs Neue. Es ist ein ernstzunehmendes Thema und es geht nicht nur um Zürich, es geht um mehr. Was wir tun, hat einen Einfluss auf die Schweiz und die ganze Welt. Darum ist es relevant, welche Ziele wir uns setzen. Bei den Klimazielen sehen wir, dass wir bereits nach kurzer Zeit nicht mehr auf dem Pfad sind. Wir erreichen das Ziel nicht. Wenn wir das am wenigsten ambitionierte Szenario wählen, erreichen wir nichts und das entspricht nicht der Stadt. Auch bei anderen Vorstössen konnten wir zwischen mehreren Szenarien wählen. Bei den Klimazielen haben wir wenigstens das mittlere Szenario gewählt. Wir sehen hier den fehlenden politischen Willen. Wir hätten erwartet, dass man mindestens bereit ist, einen Schritt zu machen. Ich bin enttäuscht von der AL, dass sie gegen uns gesprochen hat. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht und sie diskutiert. Aus diesen Diskussionen in der Kommission heraus hätten wir sagen können, dass es an verschiedenen Orten mehr herauszuholen gibt, weshalb wir unser Ziel anpassen können. Das wurde aber nicht getan.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Andreas Kirstein (AL) tönte an, dass auch der Kanton sich mit dieser Materie beschäftigt. Derzeit ist dort eine Parlamentarische Initiative in Beratung. Sie nehmen sich der Thematik sehr seriös an. Es ist jedoch eine hochkomplexe Materie, die sich nicht mit Schlagworten lösen lässt. Wenn ich in der Debatte die aggressive Philippika der Grünen höre, dann muss ich sagen, dass Sie sich vollkommen vergaloppieren. Wenn es Ihnen tatsächlich um das Klima und den Naturschutz geht, dann verabschieden Sie sich mit solchen Vorstössen und Voten von der Glaubwürdigkeit. Je mehr wir verwirklichen, desto geringer ist der Grenznutzen. Was die Grünen als Vision vor Augen haben, ist eine Grenznutzenkurve, die durch den Boden und eine Grenzkostenkurve, die durch die Decke geht. Fordern ist einfach, einlösen schwieriger.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Der politische Wille ist, hier sind wir uns alle einig, dass wir das PV-Potenzial in Zürich so gut wie möglich ausnützen. Das ist das Ziel des Stadtrats und das Ziel im Rat. Bei der Debatte hatte ich das Gefühl, dass es eher darum geht, wer richtig rechnet. Das Lied «Immer wieder geht die Sonne auf» von Udo Jürgens ging mir bei der Beratung der PV-Strategie immer wieder durch den Kopf. Etwa 300-mal ging die Sonne auf, als wir über die Berichte beraten haben. Sie hörten von unseren Fachleuten und von Externen. Nach allem, was ich heute hörte, fühle ich mich bestätigt, dass das, was wir Ihnen vorgelegt haben, den Fakten und dem politischen Willen entspricht. Trotz*



dem politischen Prozess, der aus meiner Sicht interessant war. Sie hatten bereits eine Fraktionserklärung gehalten, bevor Sie den Bericht gelesen und diskutiert haben. Von Ihnen kamen keine neuen Massnahmen, die wir beraten könnten. Ich bin gespannt auf die angekündigten Vorstösse. Sie hätten ein Jahr Zeit gehabt, diese Vorstösse im Rahmen dieser Beratung einzubringen, dann hätten wir sie vielleicht heute Abend diskutieren können. Vielleicht liegt es daran, dass es nicht so einfach ist, neue Massnahmen zu finden, die der Stadtrat und die Verwaltung nicht bereits umsetzen. Wenn Sie mich anpflaumen, ist mir das einigermaßen gleich. Es ist aber etwas anderes, wenn es um meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements und des ewz geht und um die der übrigen Verwaltung, insbesondere im Amt für Städtebau und die für die Baubewilligungen Verantwortlichen. Über sie zu sagen, dass sie nicht ambitioniert und am Klimawandel nicht interessiert seien, halte ich für eine Frechheit gegenüber diesen Mitarbeitern. Wir haben Ihnen mehr als hundert Fragen beantwortet, ohne dass dabei etwas Neues herausgeschaut hatte. Unser Ziel ist der PV-Ausbau in der Stadt. Nur haben wir vielleicht eine andere Grösse, weil wir uns an die Fakten halten. Wir müssen Ihnen am Ende die Fakten vorlegen. Das haben wir mit diesem Bericht getan. Wir haben Ihnen alles vorgelegt, das Sie in der Begründung der Motion gefordert haben; auch die Massnahmen, die wir in den verschiedenen Bereichen ergreifen sollen. Wir haben Ihnen die Anpassung an die gemeinwirtschaftliche Leistung vorgelegt, bei der die Herkunftsnachweise neu vergütet werden. In der Beratung brauchten Sie mehr als ein Jahr, bis wir das auszahlen konnten. Wir haben die Fördermittel erhöht und neue Produkte für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer eingeführt. Das Einzige, das wir Ihnen nicht vorgelegt haben, ist eine Anpassung der BZO für eine PV-Pflicht. Das muss aber auf kantonaler und nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden. Sie haben herausgefunden, dass alle Vorwürfe, die Sie heute durch die Blume vorgelegt haben, nicht bestätigt wurden. Insofern bin ich sehr zufrieden. Der Bericht legt Ihnen vor, was Sie gefordert haben. Ich hoffe, Sie haben ihn in diesem Jahr gelesen. 300 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 sind möglich. Das steht so im Bericht. Sie müssen aber auch lesen, was es ist. Hauseigentümer machen rund die Hälfte aus – ohne PV-Pflicht für bestehende Gebäude. Sie installieren die Anlagen nur dort, wo sie das wollen; sie sind nicht verpflichtet. Es müssten jährlich doppelt so viele Dächer saniert werden. Das will man aus anderen politischen Gründen nicht fordern. Man müsste das Marktvolumen für PV-Anlagen verzehnfachen. Das ist vielleicht nicht realistisch. Wir haben Ihnen verschiedene Annahmen vorgelegt. Es müssten über 2500 Anlagen installiert werden, davon beinahe zwei Drittel ohne gleichzeitige Dachsanierung. Darauf haben wir keinen Einfluss. Auf die eigenen Gebäude haben wir Einfluss und dafür haben wir die PV-Strategie. Ich fragte mich, woher die Emotionalität kam. Wenn Sie persönlich werden, kann ich nur einen Schluss ziehen: Es werden Glaubenssätze durchkreuzt oder von der Realität aufgedeckt. Wenn man das Gefühl hat, dass wir die Energiestrategie der Schweiz mit PV-Anlagen in den Grossstädten umsetzen können, dann irrt man. Das reicht nicht. Wir müssen die Wasserkraft erhalten und ausbauen. Wir müssen PV-Anlagen in Berggebieten ausbauen und wir müssen uns überlegen, wie wir mit der EU ein Abkommen finden, damit wir unseren Strom künftig miteinander handeln können. Ein Problem lösen Sie mit den PV-



Anlagen in der Grossstadt nicht. Der Sommerstrom ist kein Problem. Das Problem haben wir im Winter. Der Strom müsste gespeichert werden. Dann sind wir wieder bei der Wasserkraft. Ich wäre froh, wenn die Grünen auf ihre befreundeten Verbände einwirken würden, damit nicht bei jedem Projekt ein Rekurs eingereicht wird. Gegebenenfalls haben wir dann tatsächlich das Problem, dass wir die Energiewende deswegen nicht schaffen. Wir werden die machbaren Massnahmen ergreifen. Sie haben keine neuen Massnahmen eingebracht. Nur eine Thematik haben wir diskutiert: Ob die Rückliefertarife erhöht werden sollen. Hier erläuterten wir, dass wir den Mantelerlass und die Vorgaben der Verordnung zum Mantelerlass abwarten müssen. Das werden wir hoffentlich in diesem Jahr erleben. Zürich ist auf dem Weg zur Solarstadt, soweit das möglich ist. Wenn Sie das schneller wollen, haben wir Ihnen im Bericht aufgezeigt, auf welchen Staatsebenen Sie tätig werden können. Ich hoffe, dass Sie uns unterstützen, wenn wir ausserhalb der Stadt erneuerbare Energiequellen ausbauen wollen. Wenn Sie den Bericht ablehnen, lehnen Sie die Realität ab. Dominik Waser (Grüne) sagte, dass die Stadt eine besondere Verantwortung habe. Unsere Stromversorgung ist zu hundert Prozent CO₂-frei. Wir produzieren mehr Strom, als wir brauchen. Wir helfen den anderen heute bereits, erneuerbare Energien im Sommer wie auch im Winter zu nutzen. Unterstützen Sie uns beim Ausbau der Energieproduktion schweizweit; Sie haben auch eine Verantwortung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht «Photovoltaik Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit:	Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Enthaltung:	Andreas Kirstein (AL)
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.



11 / 12

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Maleica Landolt (GLP), i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit: Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Dominik Waser (Grüne); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht «Photovoltaik-Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/212, der SP-, Grünen-, GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024



12 / 12

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat